

Astrid Grotelüschen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union



Barbara Lanzinger
Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Mitglied im Ausschuss für Tourismus

Presseerklärung

Die Europäische Binnenmarktpolitik mit Augenmaß gestalten – unsere bewährten Standards erhalten!

Berlin, 23. Juni 2016

Barbara Lanzinger
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Telefon 030 227 – 7 92 23
Fax 030 227 – 7 62 24
barbara.lanzinger@bundestag.de

Astrid Grotelüschen
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus
Telefon: +49 30 227 - 74607
Fax: +49 30 227 - 76608
astrid.grotelueschen@bundestag.de

Zum Antrag der Koalitionsfraktionen „Den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen – Bewährte Standards erhalten“, den der Deutsche Bundestag heute beschließt, erklären die CDU/CSU-Berichterstatterinnen für den Mittelstand im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie, Barbara Lanzinger MdB und Astrid Grotelüschen MdB:

„Der Deutsche Bundestag nimmt heute umfassend zur Binnenmarktstrategie der Europäischen Kommission Stellung. Der europäische Binnenmarkt ist zweifellos eine große Errungenschaft und hat entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Wohlstand in Europa beigetragen. Wir begrüßen, dass die Kommission sich nun der Modernisierung des Binnenmarkts annimmt. Allerdings sollte für die europäische Gesetzgebung der Grundsatz „Weniger ist mehr“ gelten. Gerade in diesen Tagen ist es wichtiger denn je, den europäischen Binnenmarkt mit Augenmaß und auch mit einer gewissen Zurückhaltung zu gestalten“. Barbara Lanzinger MdB: „Wir machen noch einmal explizit deutlich, wie wichtig uns die in Deutschland bewährten Berufszugangs- und Ausübungsregeln und Honorarordnungen für Freie Berufe und Handwerk sind. Diese müssen unbedingt weiterhin möglich bleiben. Sie sichern Angebotsvielfalt und Qualität, für die wir international geschätzt werden und dienen damit auch dem Verbraucherschutz.“ Astrid Grotelüschen MdB: „Zur Weiterentwicklung des Binnenmarktes brauchen wir nicht immer neuer Regelwerke. Denn die Sorge vor einem Zuviel an europäischer Regulierung sowie der Aushöhlung des Subsidiaritätsprinzips können die Akzeptanz der EU gefährden.“

Hintergrund:

Im Oktober 2015 hat die Europäische Kommission die Mitteilung „Den Binnenmarkt weiter ausbauen: mehr Chancen für die Menschen und die Unternehmen“ veröffentlicht, in dem sie Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen für den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und weitere Maßnahmen für eine bessere Funktionsfähigkeit und Modernisierung des Binnenmarktes ankündigt. Unter anderem vor dem Hintergrund, dass die Kommission Maßnahmen gegen die unterschiedliche Regulierung der reglementierten Berufe ergreifen will und derzeit ein Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen Deutschland betreffend die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) läuft, positioniert sich der Deutsche Bundestag gegenüber der Europäischen Kommission zur Binnenmarktstrategie.